

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiasstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konkordiasstraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Zu Hause.

Andreas Fram, Berlin.

Es wäre ja alles nicht so schwer,
Wenn nur die brennende Scham nicht wär.
Sie gehen für dich in die Kugeln hinein —
Du liegst es abends beim Lampenschein.
Sie schlafen, in nasses Gras gestreckt —
Dir steht dein gutes Bett gedeckt.
Du weisst deine Liebsten zum Greifen dicht —
Sie sehen im Sterben ein fremdes Gesicht.
Und all dein Lieben und all dein Leid,
Dein heißestes Wünschen reicht nicht so weit,
Dass es einem da draußen in würgender Schlacht
Die letzte Stunde leichter macht.

Kriegsziele unserer Feinde.

„Niemand hat mich die feste Zuversicht verlassen, daß Deutschland trotz der Uebersahl seiner Gegner unbezwingbar ist, und jeder Tag befestigt sie aufs neue. Das deutsche Volk weiß, daß es um sein Dasein geht. Es kennt seine Kraft und vertraut auf Gottes Hilfe. Darum kann nichts seine Entschlossenheit und Ausdauer erschüttern.“
Der Kaiser.

Eine Welt haben wir zum Feind. Als es zum Kriege kam, da sahen wir erst, wie erschreckend einsam es um uns war, wie wenig Freunde wir haben. Woher das kommen mag?

Ein Neutraler, der uns wohl will, hatte folgende Erklärung dafür: Ihr Deutsche seid ein jugendfrisches Volk, das rastlos strebt und etwas will in der Welt. Die Parole „vorwärts“ steckt in euch allen und wirkt sich in allen aus, in den unteren Kreisen, wie in den oberen. Neben euch habt ihr zwei alte Kulturvölker: Frankreich und England. Das eine einft die militärische Vormacht auf dem europäischen Kontinent, das andere Beherrscherin der Meere und bis in die Neuzeit wirtschaftliche Vormacht Europas, ja der Welt. Die beiden Völker haben das Tempo ihres Aufstiegs längst verlangsamt, sind behäbig und bequem geworden, Genießer der Kulturschätze. Sie sahen euch als uneiniges, ohnmächtiges, armseliges Volk, hilflos wie ein Kind und ein Spielball der anderen. Dann habt ihr euch auf euch selbst besonnen, seid unter großen Staatsmännern und Wirtschaftsorganistoren in knapp einem halben Jahrhundert ausschlaggebende Großmacht, militärisch, politisch und wirtschaftlich geworden. Das, was ihr aus euch gemacht habt, läßt aber ahnen, was ihr noch werden könnt, wenn ihr so weiter arbeitet. Ihr seid, ob ihr wollt oder nicht, eine Gefahr für die anderen, eben weil ihr so unruhig, rastlos, arbeitssam, fleißig, so überaus strebsam seid. Eure guten Eigenschaften werden von Frankreich und England als eine Bedrohung ihres ureigensten Besitzes empfunden. Darum hassen sie euch und schelten euch Emporkömmlinge. — Hier liegt in der Tat die Quelle der Abneigung gegen das deutsche Wesen, hier ist die Erklärung für die Tatsache unserer Unbeliebtheit zu suchen. Um einen Vergleich anzuwenden: es ist wie wenn die im Besitze von Geld, Ehre und öffentlichem Einfluß sich befindlichen Klassen im Staate sich bedrückt und bedroht fühlen durch den unruhigen, rastlos zum Licht strebenden jüngsten Stand in der Gesellschaftsfamilie, dem Arbeiterstand und ihm mit Gewalt den Weg versperren wollen. Nicht an dem einen liegt es, der alle Kraft aus sich herausholt, die in ihm steckt, sondern an den anderen, die es ihm wehren wollen. Gefränkter Stolz Frankreichs und Konkurrenzneid Englands haben sich gegen uns verbunden, sie haben Rußland mit in den Bund hineingezogen und mit ihren Machtmitteln und Lockungen andere Hilfsvölker gegen uns mobil gemacht. Die Ziele der drei großen gehen gegen unsere Lebensinteressen.

Denken wir zurück. Der früheste und klarste Ausdruck englischer Kriegszielpolitik gegen Deutsch-

land war der im „Engineer“, der vornehmsten technischen Ingenieurzeitschrift Englands. Das Blatt schrieb in seiner Ausgabe vom 25. Sept. 1914: „Ein Mittel gibt es, durch das wir das Ziel, das wir uns vorgeetzt haben — uns des bisherigen deutschen Handels zu bemächtigen — erreichen können. Mitleidslos grausam ist das Mittel freilich, doch hervorragend einfach. Wir meinen die wohlüberlegte und organisierte Zerstörung aller Gebäude und der gesamten maschinellen Ausstattung der deutschen Industrie, eine organisierte Zerstörung, die auch die großen Eisen- und Stahlwerke Deutschlands treffen müßte. Die Befehle deutschen Bodens durch die Armeen der Alliierten müßte benutzt werden, um alle größeren Industrieanlagen innerhalb des besetzten Gebietes zu zerstören.“ — Kürzere Formeln wurden seitdem von autoritativer Stelle, von englischen Ministern geprägt. So zum Beispiel: daß es keinen Engländer gäbe, der nicht am Tage nach der Zertrümmerung Deutschlands nicht reicher wäre. Es gibt heute kaum einen Engländer, der den Krieg mit dem deutschen Reich anders auffaßt, denn als Kampf um die Herrschaft auf dem Weltmarkt und zwar auf Leben und Tod. Die sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft Englands steht



Durch.

Wir halten durch und glauben fest,
Daß Gott keinen guten Deutschen verläßt!
Wir glauben fest und halten durch:
Hier Schwert des Herrn und Hindenburg!
Heinrich Erman.



mit dem englischen Kapital durchaus in einer Kampffront. England kennt die Grundlage unseres Industrielebens genau und weiß auf welchen Welt handelsstraßen ihm der deutsche Kaufmann begegnete. Es weiß, daß wir Eisen aus Schweden und Spanien bezogen, Baumwolle aus Amerika, Aegypten und Indien, Wolle aus Australien und Argentinien, weiß, daß wir 1912 für 1283 Millionen Mark Werte an Gummi, Baumwolle, Kakaobohnen, Seesam, Palmkerne und Kobra, Delfugen und Reis eingeführt, davon die Hälfte aus englischen Kolonien. England kennt seine Kraft und nützt sie rücksichtslos aus. Betrachte die Weltkarte und zähle die englischen Kolonien, Handels- und Flottenstützpunkte und wirtschaftlichen Interessensphären, dann weißt du, wessen wir uns in diesem Gegner zu versehen haben, und begreift, warum Italien umkippte, Portugal unsere Schiffe nehmen mußte, warum Griechenland zerrüttet wird und die neutralen Nordstaaten sich derart pressen und drücken lassen müssen. England gibt Brot oder versagt es, gibt Geld oder verschließt seine Hand. Es ist der Banquier der Ententemächte. Damit ist dieser hartnäckigste und kaltblütigste Feind Deutschlands, der tatsächliche Beherrscher der feindlichen Mächtegruppierung, und was an ihm liegt wird geschehen, daß das Kriegsergebnis so ausfällt, daß es Englands Ziele fördert. 41 Kriege hat England in 76 Jahren für die Ausbreitung seiner Weltherrschaft aus handelspolitischen Gründen geführt. Der große Weltkrieg gegen uns ist der 42.

Frankreich hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß es die verlorene Provinz Elsaß-Lothringen wieder haben will. Alle Franzosen wollen sie. Und noch mehr dazu. Die krankhafte Entartung im französischen Volk scheint seit Kriegsausbruch alle Grenzen überschritten und auch ehedem ruhig und vernünftig überlegende Leute mit blindem Fanatismus geschlagen zu haben. Dort werden in einem fort die Drohungen auf Zerstückelung Deutschlands gemacht, werden die Sandbarren vertrieben, die ein aufgeteiltes, jämmerlich zerhacktes, verstümmeltes, ohnmächtiges und verflautes Deutschland darstellen. Ein „vergrößertes

Frankreich“ kündigte der Präsident der französischen Republik unlängst auf den Trümmern der Werke von Verdun an.

Und das Kriegsziel Rußlands. Es will Konstantinopel haben, das freie Meer gewinnen. In Ostasien schlagen die Versuche fehl, da ihm das jung aufstrebende Japan den Weg vertrat. Am persischen Golf ging es nicht, weil es England nicht dulden wollte, um Indiens willen. Also soll es nun über die Dardanellen gehen. Hier will Rußland eine politische und militärische Herrschaft aufrichten ohne Rücksicht auf Deutschlands und seiner Verbündeten Lebens- und Zukunftsinteressen. Stellen wir uns wieder vor die Landkarte: England beherrscht die Meere und schließt uns nach Norden und Nordwesten ab. Frankreich bildet die westliche, Rußland die östliche Mauer, und nun würde Rußland Konstantinopel und die Dardanellenstraße nehmen und uns den Weg südöstlich über die Landbrücke nach Kleinasien endgültig verlegen. So wären wir mit samt unseren Verbündeten gebunden an Händen und Füßen, zum Siedtum verurteilt. Das deutsche Reich müßte herabsteigen von der Höhe, auf die es ein fleißiges, arbeitssames und energisches Volk unter unendlichen Mühen hinaufgehoben hat. In solchem Zusammenhang steht der Balkan als Kriegsschauplatz, in diesem Licht sind unsere ersten und die letzten Siege da drunten zu werten. Rußland hat noch ungehobene Kraft in sich. Darum darf es aber doch nicht, wie ein russischer Politiker sich ausgesprochen, den Krieg als „Lebensbedürfnis“ herausstellen und einem rücksichtslosen Eroberungsgedanken ungezügelt den Lauf lassen.

Wie kann ein deutscher Arbeiter einzig und allein zu diesen Kriegszielen der Feinde stehen? Sie müssen ihn aufpeitschen zum Widerstand bis zum letzten Atemzug. Deutsche ohne Ehrgefühl und ohne Selbstachtung, beschränkte Leute mögen sagen: ob deutsch oder französisch, belgisch, englisch oder russisch, einerlei. Wie töricht! Wenn wir heute besiegt und unsere Feinde in unser Land hereingebrochen wären, um uns den Frieden aufzuzwingen, den sie wollen, dann wären wir morgen nicht französische, belgische, englische, russische Bürger, sondern nur unter deren Herrschaft, deren verachtete Knechte. Wer möchte solches Sklavenlos? „Schlechter kann es uns nicht gehen“, meint unwillig eine arme Kriegerfrau. Wie sehr geht sie in die Irre. Da muß sie unsere Kämpfer von der Front erzählen lassen, welchen Jammer sie in den besetzten Gebieten geschaut. Auch dem arbeitenden Volke könnte es schlechter gehen, wie es ihm im deutschen Vaterlande bislang ergangen. In England lebt der achte Teil des Volkes in Reichtum, ein Drittel in der entsetzlichen Armut und dazwischen gibt es einen unbedeutenden Mittelstand; von Rußland erwartet man es nicht besser; ein Tausch mit dem Los der französischen Arbeiter wäre ein schlechter Tausch.

Wer mit dem Vaterlande fühlt, der denkt und spricht mit dem Kaiser: „Wir werden diesen Kampf zu einem Ende führen, das unser Reich vor einem neuen Ueberfall schützt und der friedlichen Arbeit deutschen Geistes und deutscher Hände für alle Zukunft ein freies Feld sichert. Frei, sicher und stark wollen wir wohnen unter den Völkern des Erdballs.“

Der Lebensmittelkrieg.

Man schreibt uns: Der Reichskanzler hat in seiner Reichstagsrede am 28. September dieses Jahres darauf hingewiesen, daß uns das Jahr 1916 auf den Höhepunkt des Weltkrieges gebracht habe. Das gilt aber nicht nur von dem Frontkampfe der Heere. Es gilt ebenso vom „Aushungerungskrieg“. In beiden beruhen die Hoffnungen der Feinde darauf, daß sie sich bemühen uns von allen Seiten zu packen und einzuengen. Sie haben in diesem Jahre das eine Ziel, uns mit ihren Heereskräften von allen Richtungen her zugleich anzugreifen, erreicht. Sie haben auch das andere Ziel nunmehr ziemlich einheitlich von allen Fronten durchgeführt, uns die Zufuhr von Lebensmitteln von außen her abzuschneiden.

Freilich haben sie damit, wie die Kraftstoffe der mittel-europäischen Armeen gegen Rumänien zeigen, uns nicht niederzwingen können. Sie werden es auch nicht auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung. Unsere inneren Kräfte sind, richtig eingesetzt, groß genug, den feindlichen Ansturm zu überwinden.

Es wäre aber unangemessen und zwecklos, wollten wir uns der Bedeutsamkeit des feindlichen Vorgehens für unsere Ernährungsfragen verheimlichen. Sie besteht darin, daß wir nunmehr, im dritten Kriegswirtschaftsjahr, fast ganz nur auf das angewiesen sind, was wir aus eigener Ernte haben. Das gilt sowohl für die Seeresverpflegung wie für die Versorgung der Bevölkerung hinter den Fronten.

Bisher haben wir noch immer einen zwar Schritt für Schritt abnehmenden, immerhin aber im ganzen nicht unbedeutenden Teil unseres Gesamtlebensmittelbedarfs aus dem Auslande hereinbekommen. Das hört nun immer mehr auf. Der feindliche Wapperrungsmechanismus ist zur immer größeren Vollkommenheit ausgebildet und infolgedessen immer wirksamer geworden.

Erinnern wir uns der Verhältnisse vor einem Jahre. Die Fleischversorgung war schon knapper, aber sie war noch immer reichlich. Jetzt ist starke Einschränkung aufgelegt. Die Fettversorgung, Milch-, Eier-, Käsezufuhr machten vor einem Jahre noch verhältnismäßig geringe Erschwernisse. Nunmehr ist, weil wir fast ganz vom Inlandsvorrat leben müssen, die auf jedem entfallende Menge sehr viel kleiner geworden, und es macht erhebliche Schwierigkeiten, eine gerechte Verteilungsform zu finden.

Die größeren Schwierigkeiten, die in diesem Jahre die Lebensmittelfragen zeigen, kommen also nicht von ungefähr. Es wäre auch unrichtig, sie einfach auf bösem Willen der ober jener Volksteile oder auf die Unzulänglichkeit der behördlichen Einwirkungen allein zurückzuführen. Sondern der eigentliche wichtigste Grund der größeren Erschwernisse ist ein sachlicher und liegt in der verstärkten Wirksamkeit der feindlichen Angriffsmittel auf unsere Versorgung.

Damit ist aber auch hier der Höhepunkt der feindlichen Einwirkung gegeben. Mehr als von den auswärtigen Zufuhren absperrten, kann uns der Feind nicht. Umso mehr aber hängt von der Anpassung der Versorgung an die Kriegsverhältnisse im Inneren ab.

Die innere Versorgung wird erleichtert durch den guten Ausfall der Getreideernte. Diese läßt es zu, nicht nur den Jugendlichen und den Schwerarbeitenden Zuschläge von Mehl und Brot zuzuteilen, sondern auch sehr erheblich mehr Vorrat an Mühlenproduktion (Graupen, Grütze und ähnliches) und Teigwaren herzustellen, die an die Stelle von andern nur in geringeren Mengen vorhandenen Lebensmitteln treten können. Erschwert wird die Versorgung durch die gegen das Vorjahr gemessen nicht unbeträchtlich geringere Kartoffelernte. Doch werden auch hier bei knapper Einteilung die vorhandenen Mengen ausreichen. Sehr schwierig gestaltet sich dann jede Regelung in all denjenigen Erzeugnissen, die entweder schnell verderblich oder stark den Einflüssen wechselnder Witterung unterworfen sind. Das trifft schon zum Teil auf die Kartoffeln zu, mehr noch auf Obst und Gemüse mit ihren vielen Arten und Sorten. Auch die Tierprodukte, Milch, Butter, Käse sind schwer in eine einheitliche Regelung zu fassen, und das gleiche gilt für Fleisch und Fleischwaren. Je verschiedener die Qualitäten der Ware sowohl wie die Gewohnheiten der einzelnen Verbrauchsgebiete, desto schwieriger und mit umso mehr Belastungen für alle Beteiligten verbunden wird die Durchführung einer geregelten Versorgungsordnung.

Für die Durchführung der Versorgung kann nach allem nur eine behördlich geleitete Organisation in Frage kommen. Es ist in den letzten Monaten vieles dagegen gesagt und geschrieben worden. Jedoch ist das Meiste dabei von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Noch immer verlangen einzelne, und nicht einflusslose Richtungen im öffentlichen Leben Freigabe der Produktion, des Handels und der Preisentwicklung. Sie übersehen dabei ganz, daß das nur dann im Sinne einer befriedigenden Versorgung etwas nützen könnte, wenn allseitig genug Wirtschaftsmittel und Lebensmittel vorhanden wären. Dann würde die gegenseitige Konkurrenz der Ware und der Händler ähnlich wie in Friedenszeiten ein gewisses Gleichgewichtsverhältnis herbeiführen. Jedoch jetzt, da zwar die Gesamtmenge bei genauer Einteilung reicht, im einzelnen die Ware aber bei allen Lebensmitteln knapp ist, fällt jede Konkurrenz fort, und es wirkt nur das Verlangen des Verbrauchers nach Ware. Siehe man dem freien Lauf, so gelangte die Ware wesentlich nur in die Hände der Kaufkräftigen, deren Lebenshaltung und Geldkraft auch die Preise bestimmten. Daß das nicht so gehen darf, wenn man es nicht zu einem Zusammenbruch kommen lassen will, ist einleuchtend. Es müssen auch die weniger kaufkräftigen Schichten versorgt werden, umso mehr, als gerade auf ihnen die meiste körperliche Arbeitslast liegt, die zur Herstellung der notwendigen Kriegsmittel angewendet werden muß. Bei der herrschenden Knappheit des Gesamtvorrates kann also nur die Beschränkung zum Ziele führen, die Beschränkung sowohl der Lebensmittelhersteller wie der Käufer auf die Menge, mit der sie zur Durchhaltung des Lebens und der Arbeit reichen können. Eine solche Organisation der Beschränkung aufs Nötigste durchzuführen, ist auch nicht Sache des Handels.

Er wäre dazu völlig außerstande. Sein Lebenselement ist nicht Beschränkung, sondern Umsatz.

Daß die behördliche Leitung der Ernährungswirtschaft mit mancherlei und zum Teil recht großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, ist offensichtlich. Auch hier wäre es völlig falsch und ungerecht, den in manchen Dingen noch unbefriedigenden Zustand auf mangelnden guten Willen oder auf mangelnde Energie zurückzuführen. Auch mit Energie allein, und selbst wenn sie diktatorisch wäre, ist nicht viel zu machen. Das Wirtschaftsleben ist sowohl in Nährstoffherzeugung wie im Verbrauch ein so weitmaschiges und doch wieder feingliedriges Wesen, daß mit bloßer Gewalt wenig, im wesentlichen nur Negatives zu schaffen, positiv Förderndes aber zumeist nur mit Anpassung zu erreichen ist: Durch Anpassung der Kriegsverteilung an die Kriegsbedürfnisse in Herstellung und Verbrauch. Diese vollzieht sich aber nur allmählich und unter stets wechselnden Verhältnissen. Die Aufgabe, unter den gegebenen Verhältnissen die Einschränkung aufs Überall Nötigste zu verlangen, aus rund 4 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben das Entbehrliche so herauszuholen, daß diesen das ihnen Notwendige für Weiterarbeit und Lebensbedarf bleibt und die so gewonnene Menge auf rund 70 Millionen Heeres- und Zivilbevölkerung zu verteilen, daß auch diese das Notwendige zuteil erhält, ist ungeheuer und ohne Vorbild, ohne Vorbild auch im einzelnen, und die Vorgänge beim Lebensmittelhandel zu Friedenszeiten sind zumeist garnicht damit vergleichbar.

Nehmen wir z. B. die Kartoffelversorgung der westlichen Industriebezirke. Die Handels- und Zufuhr-gewohnheiten der Friedenszeit geben für Durchführung im Einzelnen keinerlei Grundlagen mehr. Die Rhein-provinz z. B. hat im Frieden etwa die Hälfte der dort verbrauchten Kartoffeln geerntet. Die andere Hälfte mußte zugeführt werden. Nun wird der Kartoffelverbrauch für die menschliche Ernährung im Kriege auf rund das Dreifache der Friedensmenge geschätzt. Demnach kann rechnungsmäßig das Rheinland nunmehr etwa ein Sechstel dieses Bedarfs selber liefern. Das ergibt selbstverständlich ganz andere Bedingungen und Anforderungen für die Kriegsbeflieferung als sie hier im Frieden vorhanden waren. Und ähnliche große Verschiebungen ergeben sich für alle vorhandenen Lebensmittel. Mit anderen Worten: Die Leitung und Durchführung der Kriegswirtschaft ist vor Verhältnisse gestellt, wie sie die Friedenswirtschaft nicht kannte, für die die Vorbilder also versagen, und die die wirksamen Formen erst mühsam selbst herausbilden muß. Viele Maßnahmen können darum anfangs nur Versuche sein, der Sache Herr zu werden, Versuche, die zuweilen in größeren Teilen, oder in Einzeldingen ver-jagen können. Dann muß anstelle des mißlungenen Teils der Maßnahmen unter Zugrundelegung der gewonnenen Erfahrung ein Neues gesetzt werden.

Ein großer Vorteil ist, daß nunmehr die Oberleitung unserer Lebensmittelkriegführung in eine einheitliche Hand genommen ist. Im ersten Kriegswirtschaftsjahr fehlte sie, und auch im zweiten begnügte man sich im wesentlichen mit der Ausräumung von Mißständen, wo sie sich gefahrdrohend zeigten. Die gesamten Ernährungs-verhältnisse nunmehr zu erfassen und im Sinne des schon geschilderten Zieles zu leiten, ist nunmehr Aufgabe des Kriegsernährungsamts und der ihm unterstellten Lebens-mittelstellen. Die Zusammenfassung zu einheitlicher Leitung und einheitlichem Ziel ist ein bedeutsamer Fort-schritt. Die Schwierigkeiten, die in der Sache liegen, sind damit natürlich nicht verschwunden. Sie zeigen sich in dem Mißlingen, das auch die Anordnungen der neuen Zentralbehörden in manchen Fällen betroffen hat. Jedoch ist nun die Grundlage gegeben, auf der Mißstände sofort eingereut werden können, ohne daß sie wie bisher immer weitergreifen, und im Fortschreiten der Arbeit wird die gesamte Ernährungswirtschaft in feste Bahn gebracht werden können. Daß das nicht gleich mit Errichtung der betreffenden Ämter der Fall sein konnte, dürfte verständlich sein, wenn man bedenkt, daß die leitenden Stellen nicht auf freier Bahn Neues aufbauen konnten, sondern sich plötzlich mitten in den Fluß der drängenden Ereignisse hereingestellt sahen, deren Untergrund zumeist in der bis-herigen Entwicklung einer zweijährigen, in vielen und wesentlichen Dingen unregelmäßigen Ernährungswirtschaft gelegen ist.

Der große Mottlo hat einmal gemeint: Kriegsführen ist ein Arbeiten mit Anstaltsmitteln. Nicht anders ist es auch im Lebensmittelkrieg. Und sind die Schwierigkeiten noch so groß und sind sie sogar gestiegen: Wir werden, wenn überall mit Fähigkeit und Verständnis mitgearbeitet wird, auch diesen Teil des Welt-krieges gewinnen. Wir werden es, weil wir ihn gewinnen müssen.

Allgemeine Rundschau.

Internationale Gewerkschaftsbeziehungen.

Anfänglich schien es, als ob die kriegerischen Ereignisse zwar die sozialdemokratische Internationale vernichten würden, daß aber die internationalen Beziehungen unter den Gewerkschaften weniger zu leiden hätten. In der Tat kann man feststellen, daß auch heute noch in Gewerkschaftsorganen der verschiedensten Länder die vernünftigen Gedanken über die Zeit nach dem Kriege geäußert

werden. In Frankreich gar wird diejenige sozialdemokratische Minderheit, die der Kriegswort bis zum äußersten entgegentritt, in der Hauptsache von einzelnen Gewerkschaftsorganen getragen. In der letzten Zeit jedoch hat der Chauvinismus mehr und mehr auch auf die Gewerkschaften übergriffen und zwar namentlich von England aus. Auf dem letzten britischen Gewerkschafts-kongress, anfangs September, wurde mit überwältigender Mehrheit eine amerikanische Anregung zurückgedrängt, die einer Zusammenkunft von Vertretern der verschiedensten Länder, einschließlich der deutschen, österreichischen usw. vorarbeiten wollte. Die englischen Gewerkschaften sind auch am entschiedensten denjenigen Bestrebungen beigetreten, die nach einem Wirtschaftskrieg auch nach Beilegung des jetzigen Krieges verlangen. Uebrigens spricht daraus nur die früher ebenfalls schon zu machende Beobachtung, daß der Engländer an sich für internationale Beziehungen, die nicht schließlich für ihn selbst irgendwie nutzbringend sind, keinerlei Verständnis hat. Von dem hohen Idealismus, von dem die deutsche Arbeiterbewegung in ihren internationalen Beziehungen getragen wird, ist da nichts zu verspüren. Bemühungen der deutschen sozialistischen Gewerkschaften, von ihrer Seite aus Vertreterzusammenkünfte der Gewerkschaften der verschiedenen Länder herbeizuführen, von denen mehrmals berichtet wurde, sind bisher immer gescheitert. Neuerdings verlautet aus schweizerischen Blättern, daß von der Generalkommission der freien Gewerkschaften aus wiederum eine solche Anregung durch Vermittlung der Schweiz ergangen sein soll, über deren Ergebnis noch nichts feststeht.

Auch die christlichen Gewerkschaften haben seit Kriegsbeginn ihre Verbindungen mit jenen Ländern, mit denen Deutschland im Kriege steht, verloren. Namentlich Belgien, das in der christlichen Gewerkschaftsinternationale eine ziemlich bedeutende Rolle spielt, scheint sich mehr nach Frankreich anlehnen zu wollen, obwohl es dort früher die allerkräftigsten Erfahrungen gemacht hat. Man kann allen diesen Dingen mit ziemlicher Ruhe ins Auge sehen in der Ueberzeugung, daß den Arbeitern nach dem Kriege die wirtschaftliche Not so sehr auf den Fingern brennen wird, daß auch die internationalen Beziehungen sich bald wieder anbahnen werden, vielleicht sogar hauptsächlich von jenen angeregt, die sich heute am sprödesten stellen.

Gleiche Leistungen, gleiche Löhne?

Der Verein Frauenwohl Groß-Berlin hatte der Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung ein Gesuch unterbreitet, allen Frauen, die jetzt für die Dauer des Krieges Kriegsverrichtungen irgendwelcher Art in städtischen Diensten übernommen haben, grundsätzlich bei gleichen Leistungen dieselben Löhne und Gehälter zu zahlen, wie dem Manne, dessen Platz sie für die Dauer des Krieges einnehmen. Seitens des Petitionsausschusses wurde der Versammlung Uebergang zur Tagesordnung vorge schlagen. Ein Abgeordneter empfahl die Ueberweisung des Antrages an den Magistrat als Material. Er meinte, es sei eine billige Forderung, den Frauen den gleichen Lohn zu zahlen. Dem wider-sprach u. a. auch Oberbürgermeister Habermann. Eine gleichmäßige Bezahlung des männlichen und weiblichen Personals bei gleichen Leistungen würde in jedem einzelnen Falle, eine besondere Feststellung dahin nötig machen, ob die weibliche Arbeitskraft wirklich daselbe leistet, wie die männliche. Die Versammlung ging daraufhin zur Tagesordnung über.

Die „Germania“ bemerkt dazu in Nr. 476, sie stehe ebenfalls auf dem Standpunkte, „daß es nicht angängig ist, den weiblichen Angestellten dieselben Gehälter zu zahlen, wie den männlichen“. Selbst dann sei die gleiche Löhnung nicht angebracht, wenn die weibliche Kraft die gleichen Leistungen vollbringt. Dieser Standpunkt wird damit begründet, die Frauen seien als Lückenbüßer zu betrachten. Wenn der Mann aus dem Schützengraben käme, gebühre ihm sein alter Platz. Würden die Frauen das gleiche Gehalt bekommen, würden sie noch schwerer zu entfernen sein, wie das ohnehin schon der Fall sei. Die Folge sei Stellenlosigkeit unter den männlichen Personen. Weiter wird gesagt: „Die Frau, die heute eine solche Stelle bekleidet, muß sich bewußt bleiben, daß man ihre Dienste nur der Kriegsnöt wegen benötigt, und daß ihre Tätigkeit einen Kriegsdienst fürs Vaterland bedeutet, der mit dem Ende des Krieges von selbst als abgeschlossen gilt.“

Gegen diese Ansicht müssen wir uns mit Entschiedenheit wehren. Der Standpunkt, daß bei gleicher Leistung der gleiche Lohn zu bezahlen ist, ist aufrechtzuerhalten. Nicht die Person wird bezahlt, sondern ihre Arbeitsleistung, was besonders bei Akkordarbeit in Frage kommt. Die Frau, die noch oft nebenbei einen Haushalt zu versehen und Kinder zu erziehen hat, bringt ungleich größere Opfer, wenn sie noch gewerblicher Arbeit nachgeht, ganz abgesehen davon, daß auch ihre Gesundheit mehr darunter leidet. Nur weil sie ein weibliches Wesen ist, deshalb soll sie schlechter bezahlt werden! Der Unternehmer macht doch auch bei der Preisbemessung seiner Produkte keinen Unterschied, je nachdem von wem sie hergestellt sind, sondern fordert für die gleichen Produkte den gleichen Preis! Die Begründung der „Germania“ würde eigentlich fürs Gegenteil sprechen. Lückenbüßer müssen im allgemeinen besser bezahlt werden, weil sie in einer schwierigen Situation helfen, also dem Betrieb einen besonderen Dienst erweisen. Und wie ist es mit dem Kriegsdienst fürs Vaterland? Gewiß ist es ein Kriegsdienst, für den wir den Frauen dankbar sind. Er kommt neben dem Vaterlande vor allem dem Unternehmen zugute, in dem die Frau tätig ist. Soll denn die Frau in der Munitionsindustrie, die Frau im Handwerk, die Frau an der Segelmachine oder im städtischen Betriebe (Elektrische, Gaswerk usw.) weniger bekommen, damit der Unternehmer einen noch größeren Gewinn macht, wie es ohnehin schon der

Soll ist? Wir haben noch nicht gehört, daß die Industrie dem Vaterland dadurch einen Dienst erweist, daß sie besonders billig liefert. Im Gegenteil, sie nutzt die Situation aus und macht ganz ansehnliche Gewinne. Und muß man denn den weiblichen Arbeitskräften monats- oder gar jahrelang weniger bezahlen, nur damit sie nach Beendigung des Krieges den Männern Platz machen? Um dieses zu erreichen, gibt es doch andere Mittel, die später erörtert werden sollen. Also wir müssen dabei bleiben: Wie für das gleiche Produkt der gleiche Preis, so muß für die gleiche Leistung der gleiche Lohn bezahlt werden.

Kriegerwitwenfürsorge und Frauenverwerbsarbeit.

Zu diesem auch für die Gewerkschaften äußerst wichtigen Kapitel der sozialen Kriegsursorge macht Josephine Levy-Rathenau in der „Wln. Ztg.“ folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die meisten Fragen der Hinterbliebenenfürsorge können nicht für sich allein betrachtet, sondern müssen in den großen Zusammenhang aller sozialen und wirtschaftlichen Fragen gestellt werden. Das gilt in ganz besonderem Maße für die Kriegerwitwen- und Erwerbsarbeit, deren enger Zusammenhang mit der gesamten Lage der Frauenarbeit jedem Beobachter ohne weiteres ersichtlich werden muß. Hat doch der Krieg in einer Weise einschneidend und umgestaltend gewirkt, wie sich kaum je hätte voraussehen lassen. Tausende und aber Tausende von Arbeitsplätzen sind zurzeit von Frauen eingenommen, von denen man noch vor kurzem nicht geglaubt hätte, daß sie jemals der weiblichen Kraft, Geschicklichkeit und Eigenart Betätigungsmöglichkeiten bieten könnten. Die große Mehrzahl dieser Arbeitsstellen wird aber bei Kriegsende und nach Rückkehr unserer Kruppen wieder von den Männern eingenommen werden, und die Frauen, die auch dann noch zur Erwerbsarbeit gezwungen sind — und deren Zahl wird nicht klein sein — werden sich nach neuen Arbeitsgebieten umsehen müssen. Deshalb muß schon jetzt versucht werden, den Kriegerwitwen, die auf Jahre hinaus Verdienerrinnen sein müssen, solche Arbeitsplätze nachzuweisen, die sie mit einiger Voraussicht werden behalten können. Es ist gar nicht besonders schwierig, arbeitswilligen und arbeitsfähigen Frauen (beides deckt sich nicht immer) jetzt irgendeine Arbeit zu beschaffen, bei der sie auskömmlichen Verdienst finden können; aber nur mit großen Vorsichts- und Ueberlegungsmassnahmen kann es gelingen, festzustellen, ob eine gewisse Gewähr besteht, daß die Arbeit später fortgesetzt werden kann. Eine solche Ueberlegung ist da von besonderer Bedeutung, wo es sich darum handelt, Witwen Mittel zur Ausbildung oder Fortbildung bereits vorhandener Kenntnisse zu gewähren oder ihnen Unterstüzungen zu geben, aus denen Werkstättenerrichtung, Arbeitsgeräte, Material usw. beschafft werden können. Die praktische Erfahrung hat bereits gezeigt, in wie zahlreichen Fällen die gespendeten Sammen fin- und nutzlos zur Verwendung kamen, da die Beträge für Einrichtung von Zweigstellen, kleinen Grünanlagen, Kolonialwaren- oder Konfitürengeschäften, Schneiderwerkstätten, Heimarbeitstuben oder gar Fremdenpensionen vielfach ohne Schuld der Unterstüzten, allein durch die ungünstigen Kriegsverhältnisse, verloren gingen. Ganz ähnlich liegt es in vielen Fällen bei Witwen, die man auf Grund willkürlicher, aber leider oft nur gar zu trügerischer Anpreisungen, zu Ausbildungskursen sandte, z. B. in Handelspressen, in Kurse für Zeichnerinnen, Masseurinnen, Helferinnen in Apotheken usw., wo dann oft erst zu spät von Pflägern und Pflegerinnen das Ueberflüssige dieser Art unzulänglichlicher Berufsberatung erkannt wurde. Schließlich kamen auch da Fehlgriffe vor, wo Frauen mit feinen und geschickten Händen aus Unkenntnis der Verhältnisse zu groben Arbeiten herangezogen wurden, nur um ihnen sofortigen Verdienst zu beschaffen, während mit etwas mehr Geduld viel Besseres hätte gefunden werden können.

Die in der Hinterbliebenenfürsorge tätigen Persönlichkeiten werden es sich daher zur Pflicht machen müssen, sich bei der Beratung der erwerbsfähigen Kriegerwitwen mit sachverständigen Stellen — als solche dürfen wohl gemeinnützige Berufsberatungsstellen und öffentliche Arbeitsnachweise bezeichnen — in Verbindung zu setzen, um sich ein möglichst genaues Bild der gesamten wirtschaftlichen Lage zu verschaffen. Dabei wird nicht außer acht gelassen werden dürfen, daß die Lage der Kriegerwitwen durch den Bezug fester Renten gelsichtlich günstiger ist, als die Lage vieler anderer, lediglich auf ihre eigene Kraft angewiesener Frauen. Es muß deshalb mit allem Nachdruck immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Renteneempfängerinnen nicht zu Lohnbrückerinnen werden dürfen. Eine solche Gefahr liegt unstrittig schon jetzt vor, da es von vielen Frauen als ganz natürlich empfunden wird, daß sie nur eine Ergänzung ihrer Rentenbezüge gebrauchen. Sie verlangen nur Ergänzungsgehälter und -Gehälter und leisten dann allerdings vielfach auch nur halbe, manchmal sogar nur minderwertige Arbeit. Das ist nicht nur deshalb zu bedauern, weil das Ansehen der Frauenarbeit dadurch sehr leidet, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen.

Die Zahl der halben und nicht leistungsfähigen Kräfte, auch in den Reihen der Männer, wird durch diesen Krieg außerordentlich vermehrt, während wir zur Festigung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, zur Wiedergewinnung des Weltmarkts nach dem Kriege möglichst viel tüchtige, schaffensfähige Menschen gebrauchen. Wir sollten daher dahin wirken, daß die jüngeren Witwen mit keiner Kinderzahl oder ohne Kinder ihre ganze Arbeitskraft, ihre ganze Persönlichkeit für die Arbeit einsetzen und ihre Renten, sofern ihr Arbeitseinkommen ausreicht, lieber für die Zukunft als Notgrochen aufsparen. Aus solchen Gründen müssen wir bemüht sein, das Meer

der Heimarbeitssuchenden zu vermindern und Frauen, die nicht im Interesse der Versorgung kleiner Kinder unbedingt auf diese angewiesen sind, der außerhäuslichen Erwerbsarbeit zu gewinnen suchen. Bei der leider hohen Zahl von Kriegerwitwen können wir uns nicht damit begnügen, im Einzelfall einer vom Leid gebeugten Frau zu helfen. Wir müssen darüber hinaus die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kriegerwitwenproblems zu erkennen suchen und in unsern Maßnahmen immer das Wohl des Volksganzen im Auge zu behalten bestrebt sein.

Was uns blühen würde,

wenn die Feinde ihr Vorhaben, die Zerschmetterung Deutschlands, ausführen könnten, d. h. wenn sie den Sieg davontrügen, geht so recht handgreiflich aus einer Auslassung des meistgelesenen Pariser Blattes „Matin“ hervor, auf die eine andere Pariser Zeitung „Bataille“ am 12. Oktober 1916 besonders hinweist. Der „Matin“ führt aus:

„Der Sieg ist unser, und man wird ihn uns nicht entreißen. Aber das genügt nicht; es ist noch nötig, daß man es Deutschland für immer unmöglich macht, Schaden zuzufügen. Es ist ein bössartiges Tier, das man niederschlagen muß. Ein derartiges Unternehmen ist unerlässlich als eine Maßregel der öffentlichen Gesundheit. Es ist nicht unausführbar. Es ist sogar leicht. Wenn ein Volk derartige Verbrechen begangen hat, wie das deutsche, kann die Zivilisation ihm die Existenz nicht gestatten. Müht man es frei auszugehen, so wird es wieder anfangen, denn sein grenzenloser Stolz erzeugt in ihm die Ansicht, daß es ein auserwähltes Volk sei, dazu bestimmt, die Welt zu beherrschen. Sogar die Sozialdemokratie erhebt es in dieser Fäufnis. Napoleon hat nach Jena die Wiederauferstehung Preußens vorausgesehen. Er hat sie zu verhindern gesucht, aber es ist ihm nicht gelungen. Aber ist dies ein Grund, darauf zu verzichten? Zu Zeiten Napoleons gab es weder Eisenbahnen noch Telegraphen, weder Fernsprecher noch drahtlose Telegraphie. Was Napoleon nicht durchsetzen konnte, das werden jetzt Frankreich und die Alliierten durchsetzen. Sie werden es Deutschland und der ganzen Bande von Banditen, Dieben und Mordelndern, die es vertritt, unmöglich machen, sich je zu erholen. Wenn man insandne war, derartige Ungeheuer zu besiegen, soll man sie verhindern, sich von ihren Niederlagen wieder zu erheben und die Maste der Rechtschaffenheit wieder anzulegen, mit der sie eine leichtgläubige Welt getäuscht haben. Auf den Ruinen des zerstörten deutschen Reiches werden die schönsten Blumen der Zivilisation erblühen. Diesen Sonnenaufgang können wir heute schon erblicken und ihn in unseren schmerzhaften Herzen schwärmerisch begrüßen. Frankreich und seine Verbündeten werden bald die Freude des Lebens und des Aufstehens genießen und die Befreiung der Menschheit besingen.“

Sogar die Pariser „Bataille“ muß zugeben, daß niemals in einer deutschen Zeitung, nicht einmal in einer alldeutschen, eine ähnliche Sprache gegen Frankreich geführt worden sei. Wir aber können uns aus dieser Schreibererei eine Vorstellung machen, was uns bevorsteht, wenn es dem Vierverbände gelänge, was, Gott sei Dank, niemals geschehen wird, unsere eiserne Mauer im Osten und Westen umzuwerfen.

Nachtrag zur Arbeitsordnung

Die im gewerblichen Arbeitsverhältnis häufig streitige Frage, welche Bedeutung einem „Anschlag“ der Firma beizumessen ist, beschäftigte am 7. September 1916 das königliche Gewerbegericht in M.-Gladbach. Der Klage lag nachstehender Sachverhalt zu Grunde:

Am 5. August 1916 hat eine Firma durch Anschlag in ihrer Weberei bekannt gegeben, daß Weber, die neue Spulen holen, ohne die alten aufgewebt zu haben, ohne weiteres entlassen werden. Ein Weber, der am 9. August neue Spulen holte, obwohl er die alten Spulen nicht verwebt hatte, wurde auf Grund dieser Bestimmung sofort entlassen und blieb anderthalb Woche arbeitslos. Der Mann hielt die Entlassung für ungerechtfertigt, weil die Gründe, aus denen die Entlassung aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf, in der Arbeitsordnung angegeben sein müßten. Die Bekanntmachung der Firma vom 5. August sei aber nicht als Nachtrag zur Arbeitsordnung anzusehen, jedoch auch dann, wenn man sie als Nachtrag zur Arbeitsordnung ansehe, sei vorliegender Fall nicht wirksam, da sie noch keine zwei Wochen ausgegangen habe. Der Weber verlangte darum durch Klage beim Gewerbegericht Erlass seines Lohnverlustes mit 36 M. Beklagte hält sich demgegenüber berechtigt, Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Betrieb zu treffen und den Arbeitern durch Bekanntmachung mitzuteilen. Sie habe das Holen von neuen Spulen vor dem Aufweben der alten Spulen bisher nach einer am 7. Januar 1916 erfolgten Bekanntmachung mit 3,00 Mark bestraft. Da die Weber trotzdem ihre Aufforderung nicht befolgten, hätte sie sich veranlaßt gesehen, Zuwiderhandlungen mit sofortiger Entlassung zu bestrafen.

Das Gewerbegericht hat die Firma zur Auszahlung des Lohns verurteilt und zur Rechtfertigung folgendes ausgeführt:

Nach § 134 b Ziffer 3 der Gewerbeordnung muß die Arbeitsordnung, falls es nicht bei den gesetzlichen Bestimmungen sein Verwenden haben soll, Bestimmungen enthalten über die Gründe, aus welchen Entlassung und Austritt aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf. Änderungen des Inhalts einer Arbeitsordnung können nach § 134 a, Abs. 3 nur durch den Erlass von Nachträgen oder in der Weise erfolgen, daß an Stelle der bestehenden eine neue Arbeitsordnung erlassen wird. Vor dem Erlass der Arbeitsordnung oder eines Nachtrages sind die Arbeiter zu hören. (§ 134 b der G. O.) Der Nachtrag ist drei Tage nach dem Erlass unter Mitteilung der von den Arbeitern erhobenen Bedenken bei der Behörde einzureichen. (§ 134 der G. O.) Diese gesetzlichen Erfordernisse über Änderung der Arbeitsordnung hat die Be-

klage nicht erfüllt. Sie vertritt den Standpunkt, daß es sich nicht um einen Nachtrag zur Arbeitsordnung handle, sondern, daß sie einseitig beliebige Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Betriebe treffen und diese durch Anschlag ihren Arbeitern bekanntmachen könne. Eine Bestimmung, welche die Arbeitsordnung enthalten muß — als solche ist die Anordnung der Beklagten anzusehen — kann aber nach den angeführten Vorschriften der Gewerbeordnung nicht einseitig durch eine vom Arbeitgeber erlassene Bekanntmachung festgesetzt werden. Die von der Beklagten erlassene Bekanntmachung war mithin für die Arbeiter nicht verbindlich. Selbst dann, wenn man die von der Beklagten erlassene Bekanntmachung als einen Nachtrag zur Arbeitsordnung ansehen würde, wäre dieselbe ungültig gewesen, weil die Bekanntmachung am Tage der Entlassung des Klägers noch keine 14 Tage ausgegangen hatte und der Behörde noch nicht eingereicht war. Da der angegebene Entlassungsgrund auch nicht unter die in der Gewerbeordnung vorgesehenen Gründe fällt, welche zur sofortigen Entlassung berechtigten, so war die Entlassung des Klägers ohne Aufkündigung nicht zulässig. Nach der Arbeitsordnung stand dem Kläger eine 14-tägige Kündigungszeit zu. Beklagte war darum zum Erlass des dem Kläger infolge der kündigunglosen Entlassung entstandenen Schadens, dessen Höhe nicht bestritten ist, zu verurteilen.“

Aus unserer Industrie.

Neuregelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren.

Zur Zeit des Erlasses der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 10. Juni 1916, betreffend die von der Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung ausgeschlossenen Gegenstände (sogenannte Freiliste), und der Ausführungs-Bekanntmachung der Reichsbedarfsstelle vom 3. Juli 1916 waren verhältnismäßig wenig Unterlagen für den Erlass dieser Bestimmungen vorhanden. Lediglich die Notwendigkeit der Streckung der Vorräte wurde schon mit Rücksicht auf die seit Kriegsbeginn erfolgte Sperrung der Zufuhr von Rohstoffen allgemein anerkannt. Seitdem sind insbesondere durch eine allgemeine Bestandaufnahme der in Industrie und Handel vorhandenen Web-, Wirk- und Strickwaren am 1. August 1916 und durch sonstige Feststellungen bestimmte Unterlagen geschaffen worden, die zur Aufhebung der horevornannten Bekanntmachungen und zum Erlass zweier neuer Bekanntmachungen vom 31. Oktober 1916 geführt haben, die im Reichsgeblatt beziehentlich Reichsanzeiger vom 31. Oktober 1916 veröffentlicht worden sind: 1. Die Bekanntmachung des Reichskanzlers über Bezugscheine. 2. Die Ausführungs-Bekanntmachung der Reichsbedarfsstelle.

Die Bekanntmachung des Reichskanzlers über Bezugscheine enthält eine wesentliche Kürzung der bisherigen Freiliste, insbesondere die Beseitigung der Preisgrenzen, mit Ausnahme eines einzigen Falles (Reise- und Schlafdecken). Vor allem sind Kleiderstoffe, die gesamte Oberbekleidung mit Ausnahme der aus undichten Stoffen und die gesamte Wäsche und Unterbekleidung von der Freiliste verschwunden und nur noch gegen Bezugscheine erhältlich. Vom Bezugschein frei sind nur noch Gegenstände, zu deren Streckung keine Veranlassung vorliegt.

Die Beseitigung der Luxuskonfektion und der feinen Maßschneiderei von der Freiliste würde jedoch zur Folge haben, daß die betreffenden Gegenstände und die dazu verwendeten Stoffe brach liegen blieben und zahlreiche, insbesondere weibliche Arbeitskräfte, Arbeit und Brot verlieren. Denn es wäre ein Widerspruch in sich, für ein Luxuskleidungsstück den Nachweis der Notwendigkeit der Anschaffung zu verlangen. Die feine Maßschneiderei würde ebenso völlig unterbunden werden, weil die in Betracht kommenden Kreise mit Kleidung so versorgt sind, daß sie die Notwendigkeit der Anschaffung nicht nachweisen können. Um diesem Nachteil zu begegnen, ist für Herren-, Damen-, Mädchen- und Kinderoberbekleidung sowie die entsprechende Maßschneiderei eine Erleichterung bei der Erlangung des Bezugscheines eingeführt: Wer ein noch gebrauchsfähiges Oberkleidungsstück abgibt, erhält ohne Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung einen Bezugschein über einen entsprechenden gleichartigen Gegenstand, der jedoch nicht für billigeren Kleidungsstücke, sondern nur für solche gilt, die eine bestimmte Preisgrenze übersteigen. Damit wird das Fortbestehen der Luxuskonfektion und der feinen Maßschneiderei ermöglicht und gleichzeitig erreicht, daß die zahlungsfähigen Kreise nicht den für den Hauptteil der Bevölkerung vorhandenen Bestand an Oberbekleidung angreifen, sondern auf die hochwertigen Oberbekleidung beschränkt werden.

Die Reichskanzlerbekanntmachung führt weiter für die Schneider, Schneiderinnen und Wandergewerbetreibenden ein Einkaufsbuch ein, um die bisher hauptsächlich seitens der Wandergewerbetreibenden vorgekommenen Mißbräuche zu verhüten. W. T. B.

Das Spinn- und Webstoffgewerbe im September.

Das „Reichs-Arbeitsblatt“ berichtet hierüber: Die Baumwollspinnereien Sachsens haben im September teilweise eine weitere Verschlechterung infolge der Abnahme der Heeresaufträge aufzuweisen. Die Lage der süddeutschen Baumwollspinnereien und Webereien hat sich nach der vorliegenden Berichterstattung nicht verändert.

Die Abfalkspinnereien, die Kunstgarn- und -stoffhersteller, hatten ebenso gut wie im Vormonat zu tun. Die Lage ist auch ungefähr die gleiche wie im Vorgahr.

Die Tuchfabriken Mitteldeutschlands waren zwar geringer als im Vorjahr, doch den Vormonaten gegenüber unvermindert beschäftigt.

Für die Seidenindustrie ist anhaltend gute Nachfrage nach Samtband, jedoch etwas weniger lebhafter Umsatz von Seidenstoffen zu verzeichnen.

Die Strumpfwarenindustrie wie die Strickerei vollener und seidener Fantasiewaren zeigt im ganzen ähnliche Lage wie im Vormonat.

Die mechanischen Kunstzweirereien und Spulereien waren, wie berichtet wird, zwar etwas schlechter als im September des vorigen Jahres, doch etwas besser als in den Vormonaten beschäftigt.

Die Fanggarnspinnereien und Bindfadefabriken hatten gleichfalls weniger gut als im gleichen Monat des Vorjahres zu tun; doch wird die Tätigkeit dem Vormonat gegenüber als unverändert bezeichnet.

Die Koffhaarspinnereien waren nicht ganz so befriedigend, wie im Vorjahr und im Vormonat beschäftigt.

Die Fleichereien, Färbereien und Appreturanstalten erfuhr im Berichtsmonat keine Verbesserung, jedoch auch keine Verschlechterung.

Für die Gold- und Silbergespinnst- wie die Treibenwarenherstellung wird schlechtere Tätigkeit als im Vormonat und im Vorjahr gemeldet.

Aus dem Webstoffgewerbe berichten 843 Betriebskrankenkassen mit einem Bestand von 73994 männlichen und 147630 weiblichen versicherten Mitgliedern, abzüglich der arbeitsunfähig Kranken am 1. d. M.

Die folgende Zusammenstellung der Romhundertfälle der Zu- bzw. Abnahme der männlichen und weiblichen Beschäftigten, die in den Betriebskrankenkassen des Webstoffgewerbes versichert sind, gestattet einen Vergleich mit den Vormonaten wie mit dem Vorjahr:

Table with 5 columns: Am 1. des Monats, männliche Betriebskrankenkassenmitglieder, weibliche Betriebskrankenkassenmitglieder, 1915, 1916. Rows for Juli, August, September, October.

Aus dem Verbandsgebiete. Berichte aus den Ortsgruppen.

Forst (Sauff). Im Zeichen der Berichterstattung fand die Mitgliederversammlung vom 21. Oktober. Sie hatte leider wiederum die Pflicht, eingangs einige Kameraden zu betrauern, die als Soldaten gefallen sind.

Glauchau. Einen ganz besonders guten Besuch wies die Ortsgruppenversammlung am 30. Oktober auf. Der Vorsitzende begrüßte den als Gast anwesenden Sekretär Oskar Kämmerle aus Freiburg.

Guben. Irene dem Verband, war die Lösung der am 22. Oktober im Geschäftshaus stattgefundenen Mitgliederversammlung, die gut besucht war.

Spremberg. Die Frage der Fett- und Butterverteilung unter die hiesige Einwohnerschaft bildete den Gegenstand eingehender Besprechung in unserer Mitgliederversammlung vom 23. Oktober.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Hauptgetreidegebiete Deutschlands. Die Hauptgetreideproduzenten der Welt sind die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland.

Welche deutschen Gebiete erzeugen nun den meisten Roggen? Nach der Größe ihrer Roggenernte vom letzten Friedensjahr (1913) geordnet sind dies die folgenden Gebiete:

Table with 2 columns: 1000 Tonnen, 1000 Tonnen. Lists regions like Posen, Brandenburg, Schlesien, Hannover, Pommern, Bayern r. d. Rh., Ostpreußen, Prov. Sachsen, Westpreußen, Rheinland, Westfalen, Agr. Sachsen.

Deutschland hatte eine so starke Roggenerzeugung, daß wir in den letzten Jahren noch eine ziemliche Menge zur Ausfuhr bringen konnten; im Jahre 1913 betrug der Ausfuhrüberschuß 581921 Tonnen.

Wie verteilt sich die Erzeugung von Weizen in Deutschland? Hier folgen die Gebiete in der nachstehenden Reihenfolge:

Table with 2 columns: 1000 Tonnen, 1000 Tonnen. Lists regions like Prov. Sachsen, Schlesien, Bayern r. d. Rh., Hannover, Rheinland, Ost-Lothringen, Agr. Sachsen, Posen, Westfalen, Pommern.

Volle Bedeutung erhalten die Erzeugungsziffern indes erst, wenn man sie in Verhältnis setzt zu der Bevölkerungsziffer und dem Bedarf der betreffenden Gebiete. Vergleicht man in dieser Weise Erzeugung und Bedarf, so stehen am günstigsten, wenn man Roggen und Weizen, also das Brotgetreide, zusammenfaßt, die beiden Mecklenburg.

Literarisches.

Hat Rußland doch die Zukunft? Diese nachdenkliche Frage warf ein deutsch-russischer Student auf, der vom Kriege auf einer deutschen Universität übertratscht und hier festgehalten wurde.

Die 'Bodenreform', die verbreitetste volkswirtschaftliche Zeitschrift im deutschen Sprachgebiet, kostet vierteljährlich nur 1,50 M. bei jeder Post.

Das Eiserne Kreuz. erhielten für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde folgende Kollegen: Franz Steffen aus Bieren; Eduard Michels aus Bieren.

Ehren-Tafel. Es starben den Heldentod fürs Vaterland Johann Müller IV aus Giesonkirchen. Georg Herling aus Emsdetten. Cornelius Steger aus Grefrath.

Sterbe-Tafel. Es starben die Verbandsmitglieder: Peter Hartmann aus Lambrecht. Helene Lenzen aus Dülken. Lambert Uebert aus Ingelsheim.

Versammlungskalender. Glindebeck. 26. November, 6 Uhr, im Lokale der Ww. Fabrik. Hohenbr. 12. November, 6 1/2 Uhr, in der Bürgergesellschaft.

Inhaltsverzeichnis. Zu Hause. - Artikel: Kriegsziele unserer Feinde. - Lebensmittelkrieg. - Allgemeine Rundschau: Internationale Gewerkschaftsbeziehungen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: F. S. Franz Fischer. Düsseldorf, Konradstraße Nr. 7.